

28. November 2013

**Teilrevision der Raumplanungsverordnung  
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die EVP nimmt diese Gelegenheit gerne wahr, verzichtet jedoch mangels Ressourcen auf eine Stellungnahme zum Leitfaden für die kantonale Richtplanung sowie zu den Technischen Richtlinien Bauzonen.

**1. Allgemeine Bemerkungen**

Mit der Änderung des Raumplanungsgesetzes vom 15. Juni 2012 wird eine schweizweite Redimensionierung der bestehenden Bauzonen eingefordert, kombiniert mit verschärften Vorschriften für künftige Neueinzonungen. Die anstehende Revision der Raumplanungsverordnung muss diesen gesetzlichen Anspruch erfüllen und weiter dazu genutzt werden, um die Bodennutzung in der Schweiz in eine nachhaltige Bahn zu lenken.

Die EVP Schweiz begrüsst es sehr, dass die Bauzonen künftig gemeindeübergreifend betrachtet werden müssen. Wir unterstützen die diesbezügliche Umsetzung des Gesetzesauftrags ausdrücklich. Auch die Ermittlung und Festlegung der kantonalen maximalen Gesamtgrösse der Bauzonen sowie die Verteilung der Bauzonen innerhalb des Kantons aufgrund einer kantonalen Raumentwicklungsstrategie sind sehr sinnvolle Instrumente.

Hingegen ist es heikel, dass die bestehenden Arbeitszonen in der E-RPV in quantitativer Hinsicht aus den Bedarfsberechnungen der Bauzonen ausgeklammert werden. Dies steht im deutlichen Widerspruch zum Auftrag im RPG (Art. 15 Abs. 1 bis 3), wo kein Unterschied zwischen verschiedenen Typen von Bauzonen gemacht wird. Gerade bei den Arbeitszonen wird verschiedentlich ein erhebliches Rückzonungspotenzial vermutet. Auch wenn die Arbeitszonen nur 14% der Bauzonen ausmachen, handelt es sich immerhin um die zweitgrösste Bauzonenkategorie. Sie dürfen deshalb nicht quantitativ völlig ausser Acht gelassen werden.

## 2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

### Art. 4 Grundlagen

Die Grundlagen für die Erstellung der Richtpläne sind von grosser Wichtigkeit. Um die gesetzlich geforderte Mitwirkung der Bevölkerung bei der Richtplanung adäquat zu ermöglichen, müssen ihr auch die Grundlagen verfügbar sein.

#### Antrag zu Art. 4 Abs. 1:

<sup>1</sup> Die Grundlagen bestehen aus Planungen über die einzelnen Sachbereiche (Art. 6 Abs. 2 und 3 RPG); sie sind öffentlich und befassen sich ...

### Art. 5a Vorgaben im Richtplan zu den Bauzonen (Art. 8a Abs. 1 RPG)

Wir befürworten die vorgeschlagenen Vorgaben zur Ausführung von Art. 8a Abs. 1 RPG ausdrücklich und erachten sie als notwendig. Wir erachten in Abs. 2 die Abstützung auf das Maximalszenario zur Bevölkerungsentwicklung als ungeeignet und beantragen, das mittlere Szenario als Standard zu wählen.

#### Antrag zu Art. 5a Abs. 2:

<sup>2</sup> Bewegen sich die Annahmen für das Wachstum an Einwohnerinnen und Einwohnern und Beschäftigten ~~nicht innerhalb der verschiedenen Szenarien~~ oberhalb des mittleren Szenarios des Bundesamtes für Statistik für die Bevölkerungsentwicklung, so weist der Kanton im Richtplan nach, dass seine Annahmen plausibler sind ~~als diejenigen dieser Szenarien~~.

Abs. 3 führt in unseren Augen die Vorgaben aus RPG Art. 15 zu wenig klar aus. Das gemeindeübergreifende Element fehlt, und es bleibt unklar, welche Massnahmen zu treffen sind.

#### Antrag zu Art. 5a Abs. 3 Bst. a:

<sup>3</sup> Der Kanton erteilt im Richtplan die Aufträge, die nötig sind, um:  
a. die Grösse und Lage der Bauzonen laufend zu überprüfen und gemeindeübergreifend die notwendigen Massnahmen für eine Verbesserung hinsichtlich der Ziele und Grundsätze der Raumplanung zu treffen;  
...

### Art. 8 Richtlinien

Der Leitfaden für die kantonale Richtplanung muss verbindlicher gemacht werden, um unter anderem die Vergleichbarkeit der Richtpläne und deren Abstimmung mit den Nachbarkantonen zu verbessern.

#### Antrag zu Art. 8, zweiter Satz (neu):

Das Bundesamt für Raumentwicklung (Bundesamt) erlässt nach Anhörung der Kantone und der Bundesstellen technische Richtlinien für die Erstellung der Richtpläne. Weicht der Kanton von diesen ab, weist er nach, dass die gewählte Methode die Ziele und Planungsgrundsätze des RPG besser oder mindestens in gleichem Mass erfüllt.

### **Art. 30                    Sicherung der Fruchtfolgeflächen**

Wir halten die Vorgaben zur Ausführung von Art. 3 Abs. 2 Bst. a und Art. 15 Abs. 3 RPG für wichtig und notwendig, um den Gesetzesauftrag zu erfüllen. Die vorgeschlagenen Änderungen scheinen uns jedoch zu unklar und zu wenig weitgehend für einen konsequenten Erhalt der Fruchtfolgeflächen. Der Gesetzgeber hat im RPG zweimal den klaren Willen zum Ausdruck gebracht, die Fruchtfolgeflächen zu erhalten. Daraus lassen sich erhöhte Anforderungen und auch eine Pflicht zur Kompensation von beanspruchten Fruchtfolgeflächen ableiten. Die Formulierung „ein auch aus der Sicht des Kantons wichtiges Ziel“ in Abs. 1bis ist zu wenig klar und zu schwach formuliert.

#### **Antrag zu Art. 30 Abs. 1 Bst. a:**

<sup>1bis</sup> Fruchtfolgeflächen dürfen nur eingezont werden, wenn:

- a. ~~ein auch aus der Sicht des Kantons wichtiges Ziel~~ Vorhaben von kantonaler Bedeutung ohne die Beanspruchung von Fruchtfolgeflächen nicht sinnvoll erreicht werden kann;

Um den Erhalt der Fruchtfolgeflächen zu gewährleisten, muss die beanspruchte Fläche kompensiert werden. Die Kompensation muss durch eine flächengleiche Auszonung erfolgen. Eine qualitative Kompensation reicht nicht aus, weil qualitativ gute Böden nur schwer durch Bodenverbesserung ersetzt werden können und weil durch qualitative Bodenverbesserung oft Böden verändert werden, die wichtige andere Funktionen wahrnehmen (z.B. Biodiversität).

#### **Antrag zu Art. 30 Abs. 1bis Bst. c (neu):**

<sup>1bis</sup> Fruchtfolgeflächen dürfen nur eingezont werden, wenn:

...

- c. die beanspruchte Fruchtfolgefläche durch eine mindestens flächengleiche Auszonung kompensiert wird.

### **Art. 30a                    Grösse der gesamtkantonalen Bauzonen (Art. 15 Abs. 2 RPG)**

Bei Art. 15 RPG handelt es sich um eines der Kernstücke der Revision vom 15. Juni 2012. Entsprechend zentral ist dessen Umsetzung in der RPV. Der Vorschlag zu Art. 30a in der E-RPV vermag uns nur teilweise zu überzeugen:

- Indem er in den Abs. 1 und 2 die Arbeitszonen unterschlägt, nimmt Art. 30a E-RPV den Auftrag von Art. 15 RPG nur ungenügend ernst. Dieser unterscheidet keineswegs zwischen Wohn- und Arbeitsnutzung, wenn er verlangt, dass das Angebot auf den Bedarf von 15 Jahren ausgerichtet werden soll und dass überdimensionierte Bauzonen zu reduzieren sind. Wie in den grundsätzlichen Einschätzungen ausgeführt, handelt es sich bei den vorhandenen Arbeitszonen mitnichten um eine vernachlässigbare Grösse. Gerade bei den Arbeitszonen muss ein erhebliches Rückzonungspotenzial vermutet werden. Auch wenn wir zustimmen, dass die Arbeitszonen sehr heterogen und quantitativ schwer fassbar sind, dürfen sie keinesfalls ausser Acht gelassen werden.
- Wir beantragen, dass nebst den Wohn-, Misch- und Zentrumszonen auch für die Bemessung der Arbeitszonen quantitative Richtlinien ausgearbeitet werden. Die übrigen Zonentypen sind weniger relevant, sodass wir einverstanden sind, sie quantitativ nicht zu erfassen.

#### **Anträge zu Art. 30a:**

<sup>1</sup> Wohn-, Arbeits-, Misch- und Zentrumszonen in einem Kanton sind so zu bemessen, dass ihre Kapazitäten den

Bedarf für 15 Jahre nicht übersteigen.

<sup>2</sup> Die Kapazitäten der Wohn-, Misch- und Zentrumszonen eines Kantons ergeben sich aus dem Verhältnis zwischen den in den einzelnen Gemeinden vorhandenen Flächen der entsprechenden Zonentypen und der Bauzonenfläche, die pro Einwohnerin und Einwohner und pro beschäftigter Person beansprucht wird (beanspruchte Fläche). Die beanspruchte Fläche, die sich der Kanton dabei höchstens anrechnen lassen darf, entspricht dem für die Gemeinde ermittelten Wert, darf aber nicht höher sein als der Wert, den die Hälfte der flächeneffizienteste Viertel der vergleichbaren Gebietseinheiten erreicht, und nicht höher als 400 m<sup>2</sup> pro Einwohnerin und Einwohner und pro beschäftigter Person.

<sup>2bis</sup> Die Kapazitäten Arbeitszonen eines Kantons ergeben sich aus ...

...

### **Art. 30b Umsetzung im Kanton**

Wir sind mit dem Inhalt des vorgeschlagenen Artikels einverstanden und begrüßen ihn. Die Bestimmung, dass in Kantonen mit bereits überdimensionierten Bauzonen (= kantonale Auslastung < 100 Prozent) Neueinzonungen kompensiert werden müssen, trägt dazu bei, dass die Überdimensionierung zumindest nicht grösser wird. Wir sehen in dieser Bestimmung eine notwendige, wenn auch sehr moderate und nicht hinreichende Umsetzung der Bestimmung, überdimensionierte Bauzonen zu reduzieren (Art. 15 Abs. 2 RPG).

Um zukünftig sicherzustellen, dass bestehende und neue Bauzonen überall besser ausgenützt werden und dass vor der Ausscheidung neuer Bauzonen die bestehenden Bauzonen genutzt (allenfalls umgelagert) werden, braucht es einige wichtige Ergänzungen:

- Abs. 1 soll verhindern, dass mit der Überbauung von neuen Bauzonen Lücken zur bestehenden Überbauung geschaffen werden.
- Abs. 2 soll sicherstellen, dass die bestehenden Bauzonen eines Kantons weitgehend ausgenutzt sind, bevor neue die Bauzonengesamtfläche eines Kantons vergrößert wird. Der Schwellenwert von 85 Prozent bezieht sich auf eine gesamtkantonale Betrachtung und die Annahme 2 der Bauzonenstatistik. Bauzonenverlagerungen (ohne Vergrößerung der Gesamtfläche) bleiben auch mit einer geringeren Bauzonenbelegung möglich.
- Abs. 3 entspricht dem Inhalt von Art. 30b E-RPV.

### **Anträge zu Art. 30b:**

<sup>1</sup> Bauzonen müssen kompakt und wo möglich anschliessend an die bestehende Bebauung überbaut werden.

<sup>2</sup> Bevor die Bauzonenfläche eines Kantons insgesamt vergrößert wird, müssen die bestehenden Bauzonen im Kanton mobilisiert und zu 85 Prozent genutzt sein.

<sup>3</sup> Sind die Bauzonen eines Kantons insgesamt zu gross (kantonale Auslastung < 100 Prozent), so dürfen neue Bauzonen nur ausgeschieden werden, wenn:

- a. gleichzeitig eine mindestens gleich grosse Fläche ausgezont wird; oder
- b. eine Kompensation planungsrechtlich gesichert ist und die für deren zielstrebige Umsetzung notwendigen Aufträge erteilt sind.

**Art. 32                    Massnahmen der Kantone**

Die vorgeschlagene Änderung in Art. 32 ist eine notwendige Umsetzung und Präzisierung von Art. 19 RPV. Die ins Gesetz aufgenommene Möglichkeit, Erschliessungen zu etappieren, dient dazu, bei überdimensionierten Bauzonen, die nicht sofort verkleinert werden können, keine negative Ausgangslage für eine spätere Auszonung zu schaffen, unnötige Investitionen der öffentlichen Hand zu verhindern und spätere erhöhte Entschädigungszahlungen zu vermeiden. Wir unterstützen die vorgeschlagene Änderung ausdrücklich.

**Art. 34b                    Bauten und Anlagen für die Haltung und Nutzung von Pferden, Art. 42b  
Sachüberschrift und Abs. 3–6 Hobbymässige Tierhaltung**

Die Umsetzung der Parlamentsbeschlüsse vom 22. März 2012 zum Thema Tierhaltung in der Landwirtschaftszone erscheint uns adäquat. Insbesondere die Unterscheidung zwischen Pferdehaltung im Rahmen eines landwirtschaftlichen Gewerbes einerseits und der hobbymässigen Tierhaltung andererseits erachten wir als sinnvoll und notwendig. Die Beschränkungen der Anzahl Tiere im Rahmen der hobbymässigen Tierhaltung ist zu begrüssen, um erstens landwirtschaftliche Gewerbe nicht zu verdrängen und zweitens grosse nicht-landwirtschaftliche Tierhaltungszentren zu verhindern.

**Art. 47                    Berichterstattung gegenüber der kantonalen Genehmigungsbehörde**

Wie die Grundlagen für die Richtplanung (s. oben unter Art. 4 E-RPV) betrachten wir auch die Berichte nach Art. 47 Abs. 2 E-RPV als Umweltinformationen, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. Dies gilt insbesondere für die Nutzungsreserven in den Bauzonen.

**Antrag auf Art. 47 Abs. 3 (neu):**

<sup>3</sup> (neu) Die Berichte nach Absatz 2 sind zu veröffentlichen.

**Art. 52a                    Übergangsbestimmungen zur Änderung vom D. MMM 2014**

Dieser neue Artikel ist unumgänglich zur Umsetzung der Übergangsbestimmungen im RPG. Wir unterstützen ihn daher ausdrücklich.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**



Parteipräsident  
Heiner Studer



Generalsekretär  
Joel Blunier